

**Zeitschrift:** Der schweizerische Republikaner  
**Herausgeber:** Escher; Usteri  
**Band:** 1 (1798)

**Artikel:** Ueber das bevorstehende Auflagensystem der helvetischen Republik  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-543165>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 21.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**



# Der schweizerische Republikaner

herausgegeben

von Escher und Usteri

Mitgliedern der gesetzgebenden Ráthe der helvetischen Republik.

Hundert vier und achtzigstes Stúck.

Viertes Quartal.

Luzern, Mittwochs den 17. October 1798.

## Ueber das bevorstehende AufLAGenssystem der helvetischen Republik.

Man sagt, der Plan des AufLAGenssystems für das bevorstehende Jahr, der unserer Constitution gemäß vom Vollziehungsdirektorium den gesetzgebenden Ráthen mußte vorgeschlagen werden, sei nun zum zweitenmal vom grossen Rathe angenommen, vom Senat aber verworfen worden; man sagt der Finanzminister, der diesen Plan für das Resultat seines Nachdenkens und der sorgfältigen Arbeiten von 3 Monaten anseht, und unter den gegenwärtigen Umständen keinen andern oder bessern ausführbar glaubt — verlange seine Entlassung.

Da — wie es sich hieraus ergibt — die Meinungen der Gesetzgeber über das vorgeschlagene AufLAGenssystem so ungleich sind, müßte es in der That wichtig seyn, auch die Urtheile sachkundiger und aufgeklärter Patrioten außer den gesetzgebenden Ráthen zu hören; allein das wird unmöglich, weil der Plan selbst nicht bekannt geworden, und alle Debatten darüber in geheimen Sitzungen stattfanden.

Wir begreifen in der That, den Endzweck und Nutzen dieses Geheimnisses nicht; wir glauben vielmehr die stärksten Gründe aufstellen zu können, um deren willen die Diskussionen über AufLAGen, öffentlich geführt werden sollten. Wir behalten uns die Auseinandersetzung derselben auf ein andermal vor, denn heute möchten wir gern über die Sache selbst ein Wortchen sprechen.

Natürlicher weise kann es nur ein gewagtes Wortchen seyn, da wir, wie billig, den Plan so wenig als die Verhandlungen der beiden Ráthe darüber kennen; allein wir haben glücklicher Weise in der allgemeinen Zeitung (die im Rufe steht, mitunter sehr zuverlässige Correspondenten zu haben) einige Winke gefunden, die uns Stoff zu ein paar Bemerkungen geben sollen.

Die allgemeine Zeitung sagt:

„Das verworfene AufLAGenssystem soll, wie man sagt, aus folgenden Artikeln bestehen: I. Lage der

Kapitalisten, 2 vom 1000; 2. der liegenden Güter, 2 vom 1000; 3. der Häuser, 1 vom 1000; 4. Getränke in Wirths- und Schenkhäusern, 4 vom 100; 5. Handänderung, 1 vom 100; 6. Erbschaften von Seitenlinien und Schenkungen nach ihrer Verschiedenheit, 1/2 bis 5 vom 100; 7. Siegelgelder; 8. Stempel; 9. Gerichtsgebühren; 10. Handelsabgaben, 1/4 vom 100 alles Verkaufs; Commissaire und Banquiers, 1 vom 100 des Gewinns; 11. Luxus: a) mehrere Diensthoten, b) Pferde und Kutschen, c) Jagd- und Luxushunde, von jedem 4 Franken; 12. Kaufhaus-Zollstätte; und Brückengelder. — Alle Einnahmen würden berechnet auf 13,800,000. Schweizerfranken.“

Nun dürfte unsere Meinung, wenn wir eine solche in einem der beiden Ráthe vorzutragen gehabt hätten, etwa folgende gewesen seyn.

Wenn von Annahme eines AufLAGenssystems die Rede ist, so giebt es gewisse Hauptgrundsätze, nach denen dasselbe erwogen und beurtheilt werden muß.

1) Ist es Grundsatz, daß die öffentlichen AufLAGen mit den öffentlichen Bedürfnissen in Verhältniß stehen. Ob nun in dem vorgelegten Plan eine genaue, und wo diese nicht möglich war, annähernde Berechnung der Bedürfnisse enthalten war — kann ich nicht wissen; sollte sie gefehlt haben, so ist zwar nicht zu zweifeln, der Finanzminister werde diese Arbeit mit der ihn eigenen Genauigkeit und Sorgfalt haben vorangehen lassen, aber das Direktorium wäre aufzufodern, in der Folge ohne anders diese wesentlichen Berechnungen der Gesetzgebung mitzutheilen.

2) Ist es Grundsatz, daß die AufLAGen alle Arten des Vermögens umfassen, damit alle Bürger, ihr Vermögen sey, welches es wolle, in möglichster Gleichheit zu den Staatsbedürfnissen beitragen. In dem gegenwärtigen Finanzsystem finde ich diesen Grundsatz beobachtet; denn das Grundvermögen, wie das stehende Kapital und Industriereserve, sind nach möglichst ähnlichem Maasstabe, gleich belegt.

3) Es ist ferner Grundsatz, daß bloß der reine Ertrag belegt werde; denn werden auch die Unkosten in Erwerbung jeder Art des Vermögens in Anschlag



gebracht und variirt, so wird alle Produktion, aller Erwerb erschwert und der Nationalreichthum und Nationalwohlstand werden in ihrer Quelle gelähmt. In dem vorliegenden Finanzsystem bezahlt nur der reine Ertrag, die Handelstaxe ausgenommen bei; dieser wird aber dem Druck durch den geringen Maassstab der Taxe vorgebeugt; auch würde die Ausmitlelung des reinen Ertrags hier besonderen Schwierigkeiten ausgesetzt seyn; wenn jeder Handelsmann den reinen Ertrag seines Erwerbs angeben müßte, wie könnte da sein Credit bestehen?

4) Ist es ferner Grundsatz, daß der reine Ertrag nicht zu stark belegt werde. Hier ist er es nicht; denn 2 vom Tausend nach Abzug der Schulden vom Grundeigenthum und Kapitalvermögen; eins vom Tausend von den Häusern sind gewiß nicht zuviel.

Damit man aber nicht noch mehr bezahlen müsse, war es nöthig, daß noch andere Gegenstände und Geschäfte mit Abgaben belegt werden, damit die zu den öffentlichen Bedürfnissen nöthige Summe herausgefunden werde. Daher das Stempelpapier, die Taxe auf die Collateral-Erbchaften, auf die Käufe, auf den Detailverkauf des Weins, daher die Abgaben auf Luxusachen. Von dieser Art Abgaben sind die die besten, welche die unmerklichsten sind. Die Taxe auf Stempelpapier ist gering, und wirkt doch vieles ab. Collateral-Erbchaften sind eine Art gefundenes Geld für die Erben; eine solche Taxe ist keineswegs beschwerlich. Die Taxe auf Käufe ist es schon mehr, und erinnert wirklich an die alten Ehrschätze; aber man beliebe zu erwägen, erstens: Daß Käufe große Geschäfte sind, und jeden Bürger nicht oft treffen, oder doch nur diejenigen, die aus Kaufen und Verkaufen einen Handel machen, und dann ist es billig, daß ihr Profit von dem Staat in Anschlag gebracht werde; dann erwäge man zweitens, daß die Ehrschätze darum so odios waren, weil sie einzelnen entrichtet wurden, und vielleicht eine Art Haß und Neid gegen die beziehende Person dabei obwaltete; nun aber entrichtet man diese Taxe dem Vaterland zum Schutz seiner Person und seines Eigenthums.

Was dann die Erhebung der Abgaben betrifft, so muß nach den Grundsätzen, diese so geschehen, daß keine Art Willkühr, keine Hausuntersuchungen statt finden. Diesen Grundsätzen wird in dem Finanzsystem entsprochen. Denn die Erhebung erfolgt mittelst unparteiischer Schätzung oder mittelst eigner Erklärung. Hier ist weder Willkühr noch irgend einer inquisitorischen Hausuntersuchung Raum gelassen.

Dies Abgabensystem entspricht also im Ganzen den wesentlichen Forderungen einer weisen Staatsökonomie. Wenn es aber auch Fehler und Mängel hat, so bedenke man, daß es das Schicksal aller möglichen Aufgabensysteme ist, daß sie einzig durch die weise Benutzung der Erfahrung allmählig vervollkommenet werden können, daß gleich Anfangs ein tadelloses fordern, etwas

Unmögliches fordern heißt; man bedenke besonders, daß bey einem Volk, welches bisher keine direkten fixen Abgaben bezahlt hat, das erste Aufgabensystem — so äußerst gelind es in Verhältniß mit allen übrigen europäischen ist — stets einen widrigen Eindruck machen und — wenn es auch der vollkommenste Plan wäre — bei dem so äußerst ungleichen Wohlstand und Volksbildung, die in Helvetien herrschen, stets eine Menge Reclamationen entstehen müssen, bis ein solcher Plan durch Erfahrung verbessert, bewahrt und durch Gewohnheit beliebt wird.

Wenn hie und da der neue Aufgabensplan den Begriffen und Wünschen des Volks nicht entsprechen sollte, so steht es jedem Gesetzgeber und jedem aufgeklärten Freunde des Vaterlands zu, das Volk zu belehren:

Daß die beste Konstitution nicht die ist, in der man am wenigsten bezahlt, sondern die, welche die Menschenrechte, das ist, die Freiheit, die Person und das Eigenthum eines Jeden am besten und sichersten schützt: daß weder in den ehemaligen Demokratien, noch in den Aristokratien, noch in den unterthänigen Ländern Freiheit, Person und Eigenthum gesichert waren: nicht in den Demokratien, wo in tumultuarischen Landsgemeinden Volksführer nach ihrem Privatinteresse oder Leidenschaften, den blinden Volkshaufen zu den verderblichsten Beschlüssen leiteten, wo man nicht durch Verdienste, sondern entweder durch kriechendes Betragen gegen das Volk, oder durch das blinde Loos, durch Pflasterkrankheiten, oder gar durch schändliches Preissbieten auf jeden stimmfähigen Kopf, zu den Aemtern sich erhob: konnte da ächte Freiheit, Sicherheit der Personen und des Eigenthums statt finden? auch nicht in Aristokratien, wo man nicht durch Verdienst, sondern durch Geburt entweder zu allem gelangen konnte, oder von allem ausgeschlossen war, wo eine einzige Klasse alle anderen willkürlich beherrschte, bedrückte, in roher Unwissenheit und Herabwürdigung erhielt; und bloß aus Furcht sich nicht alles erlaubte, wozu sie sich ein Recht beimaas. Auch in den ehemaligen unterthänigen Ländern konnte keine Sicherheit der Personen und des Eigenthums existiren, wo Jeder der Willkühr der Landvögte Preis gegeben war, wo mit der Gerechtigkeit ein schändlicher Handel getrieben ward, wo Gemeinden und Partikularen durch Prozeßsucht fast gänzlich ruiniert waren.

Aber in unsrer Konstitution, wenn sie durch den Patriotismus und die Festigkeit des gesetzgebenden Corps für Ausartung bewahrt, und der Vollkommenheit immer näher gebracht wird; in unsrer Konstitution findet wahre Freiheit Platz.

Sie hält das Mittel zwischen tumultuarischen, aufgeregten Demokratien und aristokratischer Willkühr.

Das Volk thut da nur, was es wohl thun kann; es berathschlagt nicht, wozu es nicht fähig ist, es wählt nur, und wann es gut wählt, nur die Rechte



schaffensten und Einsichtsvollsten, die sich über sein Wohl berathen, die nicht seinen blinden Vorurtheilen huldigen, sondern sein wahres Interesse, wenn es auch für den Augenblick dasselbe nicht erkennen sollte, befördern; in unserer Konstitution findet keine Volkstauschung mehr statt: durch alle Mittel des Unterrichts, der, sobald einmal Geld da ist, in Thätigkeit gesetzt werden wird, wird das Volk einmal fähig werden, Wahrheit selbst einzusehen, Einsichten zu haben, wahre Freiheit von unächter zu unterscheiden; in unsrer Konstitution kann jeder zu allem gelangen, ist von nichts ausgeschlossen: unbegranzte Handels- und Erwerbsfreiheit findet Platz.

Jeder Gesetzgeber belehre darüber das Volk nach Maassgabe seines Einflusses: er zeige ihm, was es in jeder Rücksicht an Freiheit gewinnt gegen den geringen Geldbeitrag, den es dagegen entrichten muß: er belehre es, daß es der Freiheit nicht würdig wäre, wenn es sich weigerte, dieß Opfer dem Vaterlande gegen die unschätzbaren Güter der Erhaltung der Konstitution, und daher des vollen Genusses der Menschenrechte und ächter Freiheit darzubringen.

Aber wäre das Finanzsystem noch viel mangelhafter und drückender als es wirklich ist, so hätte ich zwei grosse Beweggründe den Gesetzgebern vorzutragen, die ich jetzt nur denjenigen, welche wirklich das Mangelhafte und Drückende — gegen meine Ueberzeugung — darin finden, zur Beherzigung empfehlen will.

Ich frage euch, B. Gesetzgeber, ist das Vaterland nicht wirklich in Gefahr? Werfet einen Blick umteuch; hier sehet ihr leere Magazine, dort erschöpfte Kisten, eine gänzliche Creditlosigkeit des Staates in und ausser seinen Grenzen; nach der höchst unglücklichen, ich darf sagen leichtsinnigen Suspension der diesjährigen Zehenden, eine heissungrige, mit Recht mißvergnügte Geistlichkeit; seit sechs Monaten rastlos arbeitende durch ganz Helvetien unbezahlte Autoritäten; eine in allen Hauptstücken noch dürftige Staatsmaschine; und über dieß alles ein Allianztraktat, der, nebst unsrer eignen Sicherheit, uns vielleicht heute, wahrscheinlich morgen, beinahe gewiß übermorgen, zur Unterhaltung eines stehenden Heers von 20000 Mann auffodert.

Wie soll unter diesen Umständen und bei dem nicht unwahrscheinlichen Ausbruch eines neuen Krieges, ohne ein in Ausübung gesetztes Auflagensystem — die Regierung unsere Gränzen schützen? wie die innere Sicherheit gegen das Heer von Aufwiegeln, die der Fremde befolgen wird, bei der gegenwärtigen Stimmung des Volkes in vielen Theilen der Schweizern? Wie können wir unsere Verpflichtungen gegen Frankreich dann erfüllen? was wird Frankreich thun, wenn unsere Regierung erklären muß, daß sie ausser Stand sey, den Bedingungen des Allianztraktates Genüge zu thun?

Ich fodre euch aber auch zum Schlusse, B. Gesetzgeber, auf, einen Blick auf den Finanzzustand der uns

umgebenden übrigen neuen Republiken zu werfen. Bei den Finanzen der grossen Nation wollen wir uns nicht aufhalten; sie sind zu kolossalisch für uns; — aber die Bemerkung dürfen wir nicht verschweigen: wenn unser Volk die Auflagen, die es nach dem vorliegenden Plane bezahlen soll, vergleicht, mit dem was das fränkische Volk bezahlt, so wird das helvetische keinen Grund zu Klage finden. — Dort sehen wir das Direktorium der batavischen Republik, ihren gesetzgebenden Råthen die Bedürfnisse des Jahres mit der Erklärung vorlegen, daß alle zusammengerechneten Auflagen und Einkünfte nur etwa einen dritten Theil jener befriedigen, und daß zu Befriedigung der zwei andern Dritttheile, eine ausserordentliche Steuer von etwa 30 vom Hundert aller Einnahmen erforderlich seyn werden. Hier tritt in der cisalpinischen Republik der fränkische bevollmächtigte Gesandte auf; er sagt zu den Gesetzgebern: Eure Finanzen sind wie eure ganze Republik in der kläglichsten Desorganisation; das Direktorium der grossen Nation will, wie es eure Schöpferin war, auch eure Retterin werden: Hier ist, nebst einer neuen Konstitution, auch ein Finanzplan, den ihr zweifelsohne dankbar annehmen werdet. Dort tritt in der römischen Republik der fränkische General auf: Eure Republik ist zwar, sagt er zu den Gesetzgebern — noch nichts weniger als organisiert, aber geht nun auf vier Monat nach Hause und genießt Urlaub und Ruhe von euren grossen Geschäften. Dilapidationen verstehen wohl die neuen Römer, aber weise Finanzgesetze nicht, durch die die Republik gerettet werden könnte. Die Mutter Republik wird bessere Sorge für die Tochter tragen.

Stellvertreter des helvetischen Volkes, Ihr versteht mich; Ihr verlangt keine Anwendung; es würde jede mein Herz zerreißen. Nein, die helvetische Republik soll eine ehrenvolle Ausnahme machen! Ich beschwöre vor Gott, daß ich aus Gewissen und Vaterlandspflicht zur Annahme des Finanzplans stimme.

## Gesetzesvorschlag der Kommission des grossen Rathes über die Einsetzung der Friedensgerichte und Friedensrichter.

(Fortsetzung.)

### Sechster Abschnitt.

Rechtliches Verfahren vor dem Friedensgerichte, in Sachen die in seiner Competenz sind.

§ 108. Vor dem Friedensgerichte soll sich keine Parthei eines Beistandes oder Advokaten bedienen.

109. Niemand soll einen Advokaten, oder irgend eine Person, die sich mit Verfertigung von Rechtschriften oder mit Verbeistandungen vor dem Cantons-